



Preissteigerungen

Wie DIE LINKE zur geplanten Gasumlage und zum vorgeschlagenen „3. Entlastungspaket“ steht

Ein Beitrag von Christian Görke, MdB

ZUR GASUMLAGE Ab Oktober können Gasimporteure über eine Umlage die gestiegenen Energiepreise an Verbraucher weitergeben. Damit werden auf Gas-Kunden zusätzliche Kosten zukommen - zur Entlastung der Unternehmen. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis90/Die Grünen) geht von mehreren hundert Euro jährlich pro Haushalt aus. DIE LINKE kritisiert die Pläne und fordert einen Ausgleich für die steigenden Kosten.

Es ist bereits heute so, dass viele Verbraucher:innen große Schwierigkeiten haben, die steigenden Preise zu stemmen. Die Gasumlage finanziell auf die Verbraucher abzuwälzen ist deswegen ein fataler Fehler, den die Ampel stoppen muss. Statt die gebeutelten Gaskunden doppelt zu melken, sollte die Bundesregierung einen **Gaspreisdeckel** einführen und die **Gasumlage aus dem Bundeshaushalt finanzieren**.

Wer mit Gas heizen muss, ist durch die kolossalen Preiserhöhungen, die jetzt nach und nach durchgereicht werden, ohnehin schon gestraft. Die Gasumlage obendrauf bringt das Fass zum Überlaufen. Was können die Gaskunden für gescheiterte Energiepolitik von Merkel bis Scholz? Es ist nicht einzusehen, dass die Ampel jetzt den Gaskunden den Abwasch machen lässt.

Die Ampel muss die zusätzlichen Gas-

beschaffungsaufwände für Versorger und Stadtwerke einfach aus dem Haushalt bezahlen. Lindner schwimmt in Steuermehreinnahmen, außerdem ist die Schuldenbremse 2022 noch ausgesetzt. Damit wäre die Sache per Federstrich erledigt. Die Umlage aber ist kompliziert und droht bei der Abwicklung zum Bürokratiemonster zu werden. Und sie entwertet die bisherigen Entlastungspakete. Was für ein chaotischer Unfug. Die Ampel ist keine Fortschritts- sondern eine Belastungs-

ZUM „ENTLASTUNGSPAKET“ Der Bundesfinanzminister hat am 10.08. seinen „Plan“ vorgestellt, um die Bürgerinnen und Bürger von der Inflation zu entlasten. Olaf Scholz hat schon sein „grundsätzliches Wohlwollen“ signalisiert.

Im Kern geht es ihm darum, die kalte Progression auszugleichen. Zur Erklärung: Angenommen man bekommt eine Gehaltserhöhung von 7 %, rutscht deswegen in eine höhere Steuerklasse und hat am Ende nur 4 % mehr Geld in der Tasche. Beträgt die Inflation jetzt aber 5 %, hat man real dann doch nicht mehr Geld. Diesen Effekt nennt man Kalte Progression. Um das zu verhindern werden die Grenzsteuersätze regelmäßig angepasst.

Doch zu dieser Zeit kann Lindners

Steuerplan nur ein Witz sein! Die unteren 70 Prozent der Bevölkerung würden nach seinem Vorschlag fast komplett leer ausgehen, da sie kaum Einkommensteuer zahlen. Eine Senkung hilft ihnen daher nur minimal. In absoluten Zahlen profitieren Spitzenverdiener nach Lindners Vorschlag sogar am stärksten. Lindner erweckt den Anschein, als ob das nicht anders ginge. Dabei geht das natürlich anders! Man hat genug Stellschrauben, um bei der Einkommensteuer zielgenauer zu entlasten. So könnte man den **Reichensteuersatz anheben**, sodass das obere 1 Prozent nicht entlastet wird. Warum brauchen Dax-Manager und Bundesminister Entlastungen? Dafür gibt es keinen nachvollziehbaren Grund.

Wir wollen dagegen ein drittes Entlastungspaket, das **zielt die Mehrkosten der Bürgerinnen und Bürger mit kleinem und mittlerem Einkommen ausgleicht**. Das **9-Euro Ticket muss unbedingt bis Jahresende verlängert werden**. Außerdem soll die **Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel auf null** gesetzt werden.

Ein entsprechender Antrag von uns zur Absenkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel wird demnächst im Finanzausschuss des Bundestages beraten. Butter darf nicht drei Euro kosten, das Leben muss bezahlbar bleiben. Dafür kämpfen wir.

Kampf gegen Kostenexplosion auch auf kommunaler Ebene

Viele Menschen in der Region erhalten in diesen Tagen Post von ihrem Energieversorger. Egal ob Strom, Gas, Heizöl, Kohle, Holz oder Wärme – die Preise kennen derzeit nur eine Richtung: steil nach oben!

Für viele Haushalte führt dies zu ernsthaften Problemen. Gerade Geringverdiener oder Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, können diese Preissteigerungen nicht tragen. Zusätzlich zu diesen Preissteigerungen hat die Bundesregierung die Gasumlage ab dem 01.10.2022 beschlossen. Die notwendige Rettung von Uniper wird durch die Entscheidungen der Bundesregierung wesentlich auf die Verbraucher abgewälzt. Das ist inakzeptabel.

Daher brauchen wir anstatt einer bundesweiten Gasumlage dringend einen Energiepreisdeckel für Privathaushalte. Andere europäische Länder, wie Spanien, Portugal oder Frankreich gehen hier bereits mit gutem Beispiel voran. Um diese zu

finanzieren, müssen die Energiekonzerne einen Teil ihrer Rekordgewinne in Form einer „Übergewinnsteuer“ abgeben. Allein der Mehrertrag von EON und RWE beträgt rund fünf Milliarden Euro. Die europäische Kommission ermuntert ihre Mitgliedsstaaten ausdrücklich dazu – die deutsche Bundesregierung handelt bisher nicht. Hier müssen wir den politischen und gesellschaftlichen Druck erhöhen, damit sich die Regierung bewegt.

Energiepreise deckeln - sofort!

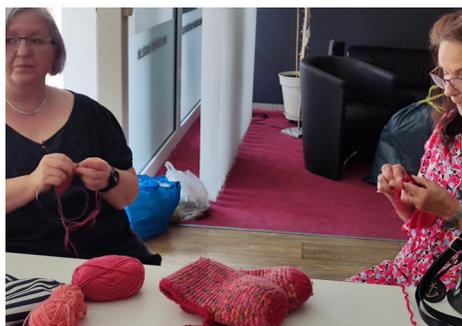
Aufgrund der gedrosselten Gaslieferungen aus Russland droht im Herbst/Winter sogar durch Druckabfälle der Zusammenbruch des Gasnetzes. Um dies zu vermeiden, sind wir alle gut beraten Energie einzusparen. Egal ob Betrieb, Kommune oder Privathaushalt – wir müssen dringend unseren Verbrauch senken, wenn wir diese Krise bewältigen wollen.

Damit viele Mieterinnen und Mieter nicht bald vor einem kalten Gasherde stehen, haben wir bereits Anfang Juli die GWC aufgefordert, eine Umrüstung auf Elektroherde zu prüfen:

„Wir regen daher an, dass die GWC bis zur Stadtverordnetenversammlung im September ein Konzept erarbeitet, in welchen Schritten und mit welchem Aufwand ein möglichst kurzfristiger Austausch der vorhandenen Gasherde in ihren Wohnungen erfolgen kann. Mit Blick auf die zeitliche Brisanz wollen wir auf umständliche Antrags- oder Anfrageverfahren verzichten und appellieren an die GWC als größtes Wohnungsunternehmen im Land Brandenburg, mit gutem Vorbild voranzugehen.“

Wir werden in einer der nächsten Ausgaben des LinksBlick über den weiteren Verlauf informieren.

*Matthias Loehr
Fraktionsvorsitzender*



Stricken gegen soziale Kälte

Seit einigen Wochen treffen sich regelmäßig mehrere Cottbuser:innen, um bei einem Tässchen Kaffee die politische Lage zu erörtern.

Nun gehen sie dabei sogar noch einen Schritt weiter. Während des Austausches werden nebenbei die Finger bewegt - beim Stricken oder Häkeln von Füßlingen, Schals oder anderen „Wärmern“, denn wenn durch die anempfohlenen Sparmaßnahmen der Habecks & Co. die Temperaturen in den Wohnungen sinken, soll niemand frieren.

Die Strickwaren werden bei den kommenden Bürgertreffen, Infoständen usw. an die Bürger:innen verschenkt.

**immer Mittwochs ab 15 Uhr
Politischer Kaffeepausch in der GS**



Nein zu Atomwaffen!

Am 09. August hielt die LINKE eine Mahnwache zum Erinnern und Gedenken an die Atombombenwürfe auf Hiroshima und Nagasaki. Die Redner*innen gingen vor allem auf die Wirkung von Kernwaffen ein. Das war auch ein zentraler Punkt auf der ersten Staatenkonferenz in Wien zum UN-Atomwaffenverbot, an dem erstmalig auch Deutschland als Beobachter teilnahm.

Johannes Oehler, Vorstand von ICAN, und Teilnehmer der Wiener Konferenz bewertete die deutsche Teilnahme positiv und sieht vorsichtige Zeichen eines Sinneswandels in der Bundesregierung im Verhältnis zur atomaren Bewaffnung.

**einen ausführlichen Bericht
www.dielinke-lausitz.de/Aktuelles**



Unterwegs in der Lausitz

Christian Görke hatte sichtlich Spaß, als er am 04. August „in den Beruf eines Anderen“ schlüpfte. Für einen Nachmittag konnte er bei den Sozialarbeiter:innen des betreuten Spielplatzes „Pirateninsel Rabauki“ des SOS - Kinderdorfes Lausitz in Sachsendorf/Madlow – einem Brennpunktstadtteil - mitmachen. Obstspieße und Wasserspielzeug waren an diesem heißen Tag besonders beliebt. In den Gesprächen erfuhr Christian viel über die besondere Arbeit auf dem Platz und die Menschen, die mit unterschiedlichsten Herkünften und sozialen Hintergründen die Angebote nutzen. Vorher war er im Amt Peitz unterwegs.

**Bürgersprechstunde mit Christian
31.08. ab 16 Uhr in Cottbus**

Soll DIE LINKE das Bedingungslose Grundeinkommen fordern?

Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) klingt utopisch: Jede und Jeder soll einen festen Betrag jeden Monat auf sein Konto bekommen. Ohne Antrag, ohne Arbeit, ohne Bedürftigkeitsprüfung. Und zwar soviel, dass der Betrag über der Armutsgrenze liegt. Die Armut wäre in unserem Land mit einem Schlag abgeschafft. Das BGE soll die finanzielle Existenz und demokratische Teilhabe jedes Menschen in Würde sichern - sanktionsfrei und ohne Stigmatisierung. Es soll jene Leistungen finanziell ausgleichen, die von der Gemeinschaft noch nicht unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Daran bemisst sich auch die Höhe des BGE.

Aber - wenden die Gegner*innen ein - Armut lässt sich mit viel weniger Aufwand durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung bekämpfen, für die sich gemeinsam mit der LINKEN auch Sozialverbände einsetzen. Diese würde in bedarfsdeckender Höhe an alle Menschen ausgezahlt werden, die sie brauchen. Ein BGE wäre ungerecht, weil unabhängig von - ganz unterschiedlichen Bedarfen alle das -Gleiche bekämen - egal ob jemand in abbezahlem Eigentum wohnt oder hohe Miete zahlen muss, ob jemand fit und qualifiziert ist oder krank und erwerblos und vielleicht Sonderbedarfe hat.

Im Parteiprogramm der LINKEN ist bislang offengelassen, ob DIE LINKE für oder gegen ein Bedingungsloses Grundeinkommen ist. Nun findet im September ein Mitgliederentscheid statt, weil die Befürworter*innen des BGE entsprechende viele Unterschriften gesammelt haben, um eine Entscheidung herbeizuführen.

In der Partei gibt es zwei große Gruppen,

Veranstaltungstipp Spremberg:

27. August 2022, 10 Uhr Der Ukrainekrieg und seine Auswirkungen auf uns - Bürgerforum im Cafehaus Zille

mit: Kai Kleinwächter (Wirtschaftswissenschaftler),
Bürgermeisterin Christine Herntier,
Michael Schiemenz (Städtische Werke Spremberg),
Thomas Scherzinger (GeWoBa)

Cafehaus Zille, Spremberg, An den Mühlen 2.
Eine Veranstaltung des kommunalpolitischen forums Land Brandenburg e.V. und der Fraktion LSG in der SVV Spremberg

Seid realistisch, verlangt das „Unmögliche“
Das Bedingungslose Grundeinkommen

Vortrag und Diskussion mit Sven Kindervater
LAG Grundeinkommen BB

Mitgliederentscheid demnächst

Roter Salon im Zelig
01.09. um 18.30 Uhr

die starke Befürworter*innen und starke Gegner*innen des BGE sind - und sehr viele Unentschiedene. Allerdings hat die Sozialpolitik der Partei in den zwölf Jahren seit dem Beschluss über das Erfurter Programm nicht unter der Differenz gelitten. Aus diesem Grunde und weil die Partei keine der beiden Gruppen verlieren will, plädiert der Parteivorstand dafür, es bei den Formulierungen des Erfurter Programms zu belassen und die Frage offen zu halten. Darum empfiehlt er, beim Mitgliederentscheid mit Nein zu stimmen, wobei dieses Nein keine Ablehnung des BGE bedeutet, sondern dass die Entscheidung weiter offenbleibt.

In Cottbus werden wir am 01. September dazu ergebnisoffen diskutieren. Dazu laden wir Euch herzlich ein, um 18.30 Uhr ins Café Zelig in der Friedrich - Ebert - Straße zu kommen.

pm/red.

Aus der Landesgeschäftsstelle:

Liebe Genoss:innen, der langfristig beschlossene Mitgliederentscheid zum Bedingungslosen Grundeinkommen findet im September statt. Die Unterlagen werden in der ersten Septemberwoche an alle Mitglieder versandt. Die Auszählung und Veröffentlichung des Ergebnisses erfolgt am 30. September. Unabhängig von der jeweiligen Position zum Thema sollte es uns ein gemeinsames Anliegen sein, dass sich möglichst viele Genoss:innen am Mitgliederentscheid beteiligen, damit ein breit getragenes Votum zustande kommt. Deshalb gilt es auch, die verbleibende Zeit zu nutzen, sich mit dem Konzept und den unterschiedlichen Positionen vertraut zu machen. Eine entsprechende Broschüre ist durch die Bundesgeschäftsstelle ja bereits in alle Kreisverbände versandt worden.

Der abzustimmende Text für diesen Mitgliederentscheid nach §2 Abs. 2 Nr. a) der Ordnung für Mitgliederentscheide lautet:

„Die Partei DIE LINKE nimmt ein emanzipatorisches bedingungsloses Grundeinkommen, wie es beispielsweise die BAG Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE vorschlägt, in ihre politische Programmatik auf. Sie lehnt neoliberale Grundeinkommensmodelle ab. Dazu wird der Parteivorstand aufgefordert, dem Bundesparteitag bis spätestens ein Jahr nach Abschluss dieses Mitgliederentscheides eine entsprechende Änderung des Parteiprogramms zur Einarbeitung eines linken bedingungslosen Grundeinkommenskonzeptes vorzuschlagen. Nach positiver Entscheidung des Parteitages soll der Parteivorstand auch in den Entwurf des Wahlprogrammes zur nächstfolgenden Bundestagswahl die Forderung nach einem linken bedingungslosen Grundeinkommen aufnehmen.“

Weiterführende Informationen, Beschlusslagen und Argumentationen zum Mitgliederentscheid findet Ihr gesammelt unter <https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/mitgliederentscheid/>

TERMINE

Politischer Kaffeepausch immer Mittwochs (Juli und August), jeweils von 15 - 18 Uhr, Cottbus, Geschäftsstelle

25.08. Stammtisch QUEER Kinoabend im „Quasimono“

31.08. Bürgerdialog & Kundgebung
Christian Görke, Sebastian Walter und die Politiker:innen der Stadtfraktion stellen sich den Fragen der Bürger:innen. 16 - 18 Uhr, Platz am Stadtbrunnen, 18 Uhr Kundgebung

01.09. Vortrag und Diskussion
DAS LINKE BGE im Blick, 18.30 Uhr im Zelig, Friedrich-Ebert-Str., Cottbus

03.09. Familien- und Friedensfest im Familienhaus, 14 - 18 Uhr, Cottbus

03.09. Zeichen setzen gegen jeden Krieg! Kinderfest in Guben, ab 15 Uhr - Dreieck Guben

24.09. Steigende Kosten - Was kann ich tun? 1. Sandower Stadtteilgespräch mit Bürgerbrunch

Die Stadtverordnete Birgit Mankour lädt ein zum Stadtteilgespräch Sandow mit Bürgerbrunch ab 11 Uhr
Cottbuser Verbraucherschützer und die Rechtsanwältin Marlen Block geben Tipps und Hilfestellung. Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Elisabeth-Wolf-Straße 41, Cottbus - Sandow

!!! BildungsBLOCK wird zu PLAN B
Veranstaltungsreihe im Auftrag von Anke Schwarzenberg, MdL

29.09. PLAN B in Zusammenarbeit mit dem Kommunalpolitischen Forum
Warum wird alles teurer?
Inflation - Ursache, Wirkungen, Auswege

Vortrag und Diskussion mit dem Wirtschaftsexperten Kai Kleinwächter.
18 Uhr im Zelig, Friedrich-Ebert-Str., Cottbus

Büroöffnungszeiten

Dienstag bis Donnerstag 10 - 16Uhr

Dienstag: Kassentag
Mittwoch: Soziale Bürgerberatung 11 - 13 Uhr

jederzeit per E-Mail info@dielinke-lausitz.de
Tel: 0355 - 22 44 0

im Netz: www.dielinke-lausitz.de



Soziale Bürgerberatung
Tel: 0355/ 22 440

Auf die Straße! Kommt zur Kundgebung!!!



Schluss mit teuer! Gegen die drohende Gaskrise und drastisch steigende Preise fordert DIE LINKE eine gezielte Entlastung von Menschen mit geringen und mittleren Einkommen. Lasst uns zusammen dafür einstehen, dass wirklich niemand auf der Strecke bleibt!

- Profiteure dieser und vorheriger Krisen endlich an den Kosten gerecht beteiligen!
- Her mit dem Gaspreisdeckel, einer Übergewinnsteuer, 9 € Tickets bis Jahresende verlängern!
- Niemand darf seine Wohnung verlieren, weil die Energiekosten nicht zu stemmen sind! Gas- und Stromsperrern müssen verboten werden!

Kommt am 31. August, 17.30 Uhr zur Kundgebung auf den Platz am Stadtbrunnen in Cottbus! Lasst uns ein deutliches Zeichen setzen! Bringt etwas zum Trommeln mit!

Redebeiträge: Betroffene (bitte gern noch melden), Sebastian Walter MdL und Christian Görke MdB.
Musik: Yuppiescheuche

BÜRGERDIALOG & Hilfsangebote
Vorab ab 16 Uhr stehen Christian Görke und Sebastian Walter für persönliche Gespräche bereit. Zudem bieten verschieden Verbände und Initiativen Informationen zu Hilfsangeboten an: Volkssolidarität, DIE TAFEL, Mieterbund, Diakonie und die Soziale Bürgerberatung DIE LINKE.Lausitz

03. September im Familienhaus



Weil es nichts Wichtigeres als FRIEDEN und KINDER gibt, feiert Die Cottbuser LINKE den Weltfriedenstag traditionell mit einem Kinder- und Familienfest.

Hier erwarten Euch viele kleine Aktions- und Bastelstände, Kaffee & Kuchen, Popcorn und sogar ein Zirkuszelt für die kleinen und großen Kinder. Auf der Bühne stehen „Träumer und Menschen“, das Cottbuser Kinder-

musical und das Varieté Fantastique. Mit Aktionen dabei sind u.a. der Kost-Nix-Laden, die Volkssolidarität, der Kinderzirkus, DRK Jugend, Kinderschminken mit Sabine, Schach spielen mit Meister Ralph u.v.m.

03.09. ab 14 Uhr
Familienhaus Cottbus

HELPER:INNEN WILLKOMMEN!

Liebe Alle, natürlich wisst Ihr selbst, dass sich solche Aktionen nicht von alleine tun. Wir brauchen Unterstützung beim Auf- und Abbau sowie Standbetreuung, jede Menge Kuchenbaker:innen und vorab Meschen, die Infos in Briefkästen verteilen. Meldet Euch gern bei Conny in der Geschäftsstelle.

Wir sagen schon mal DANKE :-)

Impressum Nr. 15/2022

Herausgeber: DIE LINKE. Lausitz Ortsvorstand Cottbus, 03046 Cottbus, Ostrower Straße 3, Telefon: (0355) 22 44 0; V.i.S.d.P. Christopher Neumann, PR u.a. Layout/Satz: wortreich.de, Cornelia Meißner; Fotos: pr/dielinke

/// NÄCHSTER LINKS.BLICK ERSCHEINT AM 26.08.2022, Redaktionsschluss: 24.08.2022